Der Wandel politischer Stimmungslagen – staatliches Handeln in einer „unübersichtlichen" Gesellschaft*

Manfred Prisching

1. Die Wirklichkeit der Politik

Politik ist das *Management sozialer Wirklichkeiten.* Diese Wirklichkeiten haben zwei Ebenen: eine *reale* und eine *gedachte.* Es gibt wirtschaftliche, politische und soziale Strukturen und Prozesse, und es gibt die Bilder, die davon in den Köpfen der Menschen existieren. Die beiden Phänomene sind zwar miteinander verbunden, aber dennoch nicht immer deckungsgleich. Wichtige Elemente eines solchen Wandels der „Wirklichkeiten" in Österreich im Laufe der letzten Jahrzehnte sollen, hin und her pendelnd zwischen den objektiven Gegebenheiten und den subjektiven Wahrnehmungen und Stimmungslagen der Staatsbürger und Wähler, erörtert werden.

1.1. Der Wandel der Selbstverständlichkeiten

Was als Beschreibung einer existierenden oder anzustrebenden Wirklichkeit in der Öffentlichkeit akzeptiert wird, das ändert sich im Laufe der Jahre. Wer sich zur Unzeit mit den falschen Themen beschäftigt, der wird ignoriert oder verlacht. Wer am Ende der 60er Jahre von ökologischen Problemen gesprochen hätte, wäre belächelt oder deswegen kritisiert worden, weil er – beispielsweise – von den heiklen Problemen der Demokratisierung in einem kapitalistischen System, die damals

* Vortrag gehalten am Neujahrsseminar des Arbeitskreises Dr. Benedikt Kautsky, 4.–8. Jänner 1989 in Bad Mitterndorf.

vorrangige Beachtung fanden, ablenke. In den 70ern schien die berühmte Formel zur Rechtfertigung von Budgetdefiziten – „lieber Schulden als Arbeitslose" – ein mutiges wirtschaftspolitisches Postulat zu sein, und sie wurde als Leitlinie einer überzeugungskräftigen Politik akzeptiert, in den 80ern würde sie als trauriges Beispiel einer illusionären Wirtschaftspolitik angesehen werden. Proklamationen vom Menschenrecht auf Bildung, denen sich alle politischen Lager im Streben nach einer gewissen Egalisierung der Gesellschaft, die auch über die Mechanismen des Bildungssystems bewirkt werden sollte, angeschlossen hatten, waren in den 60ern und den frühen 70ern eine vertraute Vision; heute wird kritisch von den Massenuniversitäten gesprochen und das Erfordernis der akademischen Elitenbildung im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit von Wissenschaft und Forschung herausgestellt. Wer noch in den frühen 70er Jahren in einer sozialdemokratischen Versammlung von den Vorzügen der „Privatisierung" staatlicher Betriebe gesprochen hätte, wäre hinausgeworfen worden – und er hätte selbst im bürgerlichen Lager Skepsis geerntet anstelle der heutigen Euphorie.

Bei diesen Beispielen geht es nicht darum, zu zeigen, daß jeweils *unterschiedliche Auffassungen* über politische Probleme existieren, interessanter ist die *Gemeinsamkeit* der Stimmungsumschwünge in unterschiedlichen politischen Lagern. Und es geht auch nicht darum, alle diese Veränderungen unter gängigen breiten Etiketten wie jenem des *Wandels des Zeitgeistes* zu vereinen, denn ein solcher Begriff wirft mehr Fragen auf als er klärt. Vielmehr soll dargetan werden, daß bestimmte Annahmen in verschiedenen Perioden der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg jeweils als so selbstverständlich und überzeugend betrachtet worden sind, daß sie gar nicht weiter reflektiert oder diskutiert, sondern in unterschiedlichen politischen Lagern weitgehend akzeptiert wurden; und es sollen Hinweise dafür gesammelt werden, welche Rhythmen und Einflüsse den Wandel dieser Auffassung geprägt haben.

1.2. Die Konstruktion der politischen Realität

Was als politische Tatsache angesehen wird, ist also nicht nur durch die objektiven Gegebenheiten bestimmt, sondern es beruht auch auf kommunikativ hergestellten Interpretationen dieser Gegebenheiten. In bestimmten Phasen sind die „Wirklichkeiten" stabil, in anderen wandeln sie sich. Es bedarf einiger theoretischer Vorbemerkungen, um dieses Modell zu erläutern.

Die gesellschaftliche Wirklichkeit ist in gewissem Maße eine *konstruierte Realität*[1]. Der einzelne bewegt sich vor dem Hintergrund einer Lebenswelt, die den natürlichen, unhintergehbaren Boden seiner Weltbetrachtung darstellt. Er konstruiert diese Welt mittels eines Wissensvorrates, der aus sedimentierten Erfahrungen besteht. Diese müssen nicht immer logisch integriert sein, und neue Erfahrungen werden an

passender Stelle eingefügt. Erst wenn neue Informationen mit dem bestehenden Wissen unvereinbar sind, werden bisherige Selbstverständlichkeiten aufgestört; eine durch Kommunikationsprozesse intersubjektiv vermittelte Neuauslegung wird dann notwendig[2].

Betrachten wir das gesellschaftliche Wirklichkeitsbild der 60er und jenes der frühen 80er Jahre. – Die als gesellschaftliche Wirklichkeit akzeptierte Welt der 60er Jahre war eine des *Fortschritts.* Kaum jemand zweifelte daran, daß der enorme Wachstumspfad, den die Industriegesellschaften seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt hatten, den „Normalzustand" des Wirtschaftslebens darstelle; weiters, daß dieses Wachstum mit Fortschritten in allen anderen Lebensbereichen einhergehe und es da allenfalls Versäumnisse und Rückstände schleunigst aufzuholen gelte; und schließlich, daß sich dieser glückverheißende Weg planerisch-wissenschaftlich auch für die Zukunft absichern lasse. Zwar meinten einige, daß sich eine solche Entwicklung nur durch tiefgreifende gesellschaftliche Transformationen werde bewerkstelligen lassen, aber dennoch: Am Fortschritt zweifelte man kaum. – Die als gesellschaftliche Wirklichkeit angesehene Welt der frühen 80er Jahre hingegen war eine der *Krise:* die Industriegesellschaften schienen endgültig in ihr Verderben zu taumeln, nicht nur wegen der drohenden „großen Katastrophen" (vom Atom bis zur Umwelt), die allenthalben in Computersimulationen zelebriert wurden und nahelegten, daß man sich allenfalls den Weg zum unabwendbaren Untergang werde aussuchen können, sondern auch wegen der steigenden Arbeitslosigkeit und der besorgniserregenden Budgetdefizite, wegen der mannigfachen Regierbarkeitsprobleme und wegen der Unbotmäßigkeit neu entstehender Protestbewegungen[3].

In der realen Außenwelt hat sich in diesen zwei Jahrzehnten freilich weit weniger geändert als in der Wahrnehmung der Menschen. Die Umweltprobleme und die Gefahren der Atomenergie waren am Ende der 60er Jahre genauso gegenwärtig wie heute, nur wurden sie von kaum jemandem wahrgenommen oder als „politisches Problem" thematisiert. Die Krise der 80er Jahre andererseits kann – an den wirtschaftlichen Indikatoren gemessen[4] – als außerordentlich komfortable und durchaus beherrschbare Angelegenheit betrachtet werden: Eine Stagnation auf derart hohem Wohlstandsniveau wäre allen Gesellschaften der Vergangenheit als Realisierung eines Paradieses erschienen. Es sind gar nicht so sehr zwei Wirklichkeiten, die einander abgelöst haben, als zwei Wirklichkeitsdeutungen: *Die Illusion eines abgesicherten Fortschrittspfades der 60er Jahre wurde von der Illusion einer allseitigen Krisenhaftigkeit der 80er Jahre abgelöst.* Das soll keineswegs bedeuten, daß sich nicht auch in der Realität wichtige Größen verändert haben: Aber die Wende des öffentlichen Bewußtseins ist viel deutlicher und stärker ausgeprägt als die Veränderung in den objektiven Umständen. In der Innenwelt der Menschen hat sich mehr geändert als in der Außenwelt.

1.3. Die Destabilisierung von Deutungsmustern

Die Politik hantiert mit solchen Wirklichkeitsdeutungen; es ist ihr tägliches Geschäft, sie zu stabilisieren oder zu verändern, sie zu nutzen oder gegen sie anzugehen. Es gibt Phasen, in denen die Deutungsmuster relativ stabil sind, und andere, in denen sie sich rasch wandeln. Stabil war die Weltwahrnehmung etwa in der Nachkriegszeit, d. h. in den 50er und frühen 60er Jahren: *der Glaube an das Wirtschaftswachstum und seine segensreichen Folgen* war der Kitt, der die politischen Gruppen zusammenhielt[5]. Aber konsensuelle Einschätzungen wie diese zerfallen in bestimmten Phasen: Es kommt dann zum Abbruch von Selbstverständlichkeiten, zur Thematisierung des vormals Nichtthematisierten, zur Auflösung von Gewohnheiten und Routinen.

Stabile Deutungsmuster werden in zwei Fällen fraglich. Erstens kann es zu einer *raschen Expansion von Handlungsoptionen* kommen, etwa in den Jahren eines dynamischen wirtschaftlichen Wachstums oder nach dem Zusammenbruch bestehender, als repressiv empfundener Herrschaftsverhältnisse. Dann scheint den betroffenen Individuen mehr möglich zu sein, als durch die herkömmlichen Deutungsmuster abgedeckt wird. Neue Chancen geraten in Reichweite, und der Einsatz hiefür mag sich nun lohnen. Revolutionäre Akteure sind daher nicht die verelendeten Gruppen einer Gesellschaft, wie Karl Marx meinte, sondern jene, die den Wind der Geschichte im Rücken spüren. Dies war nach dem Ersten Weltkrieg zu beobachten, als die Arbeiterschaft meinte, nun den Sprung in die sozialistische Gesellschaft wagen zu können, und es zeigte sich auch am Ende der 60er Jahre, als die protestierenden Studenten, getragen von einer stabilen wirtschaftlichen Lage einschließlich der damit verbundenen glänzenden Berufschancen, meinten, daß diese Gesellschaft unter veränderten Rahmenbedingungen noch weit leistungsfähiger sein müsse.

Zweitens können *nicht-intendierte Folgen rational-bewußten Handelns* auftreten, die zu einer zunehmenden Kluft zwischen Deutungsmustern und Wirklichkeit führen. Gerade wenn durch Vorerwartungen die Aufmerksamkeit der Gesellschaftsmitglieder auf bestimmte Bereiche beschränkt ist und andere relevante Prozesse nicht oder ungenügend erfaßt werden, kann die Außenwelt von den Deutungsmustern, mit denen sie interpretiert wird, wegdriften. Eine zunehmende Kluft kann sich auftun, die ab einem bestimmten Punkt nicht mehr durch Verdrängungs- oder Überbrückungsmechanismen geschlossen werden kann. Politik kann beispielsweise schiefgehen und echte Krisen auslösen, und diese können in der Folge das Selbst- und Weltverständnis erschüttern[6]. Es kommt dann zur Erosion des Weltbildes, zum *Paradigmenwechsel.* Dies gilt etwa für den Wirtschaftseinbruch in der Mitte der 70er Jahre oder für die Ökologiefrage. Auf diese Veränderungen kommen wir nun zu sprechen.

2. Der Wandel der Machbarkeitsvorstellungen

Das soeben entwickelte Modell läßt sich systematisch auf den politischen Wandel der letzten Jahrzehnte anwenden. Zunächst behandeln wir – natürlich in stark vereinfachenden Bildern – die optimistische Phase der 60er Jahre, sodann die Krisenerfahrungen der 70er. Am Ende dieser Ära steht ein entscheidender Bruch in den Machbarkeitsvorstellungen, der völlig neue Rahmenbedingungen für das politische Handeln erzeugt.

2.1. Sozialtechnologisches Selbstbewußtsein

Vom *Zerfall der politischen Ideologien* als der entscheidenden Muster der Gesellschaftsdeutung ist heute viel die Rede; aber davon wurde schon in den 50er und 60er Jahren gesprochen. Damals meinte man, daß weltanschauliche Entscheidungen zunehmend von technokratischen Lösungen, damit aber auch Politiker von Experten abgelöst würden, ja daß das Substrat der Demokratie dadurch obsolet werde, daß in einer komplexen Welt Sachentscheidungen in planmäßig-wissenschaftlicher Weise gefällt würden. „Der ‚technische Staat' ", so meinte etwa Helmut Schelsky beobachten zu können, „entzieht, ohne antidemokratisch zu sein, der Demokratie ihre Substanz. Technisch-wissenschaftliche Entscheidungen können keiner demokratischen Willensbildung unterliegen, sie werden auf diese Weise nur uneffektiv. Wenn die politischen Entscheidungen der Staatsführungen nach wissenschaftlich kontrollierten Sachgesetzlichkeiten fallen, dann ist die Regierung ein Organ der Verwaltung von Sachnotwendigkeiten, das Parlament ein Kontrollorgan für sachliche Richtigkeit geworden[7]." Diese Auffassung wurde von vielen geteilt: Man kann davon sprechen, daß darin *demokratiepolitischer Pessimismus* mit einem *technokratischen Optimismus* verknüpft ist. Letzterer setzt voraus, daß die Experten wertfrei das zu leisten vermögen, was ihnen angesonnen wird: daß sie tatsächlich in der Lage sind, politische Entscheidungen zu optimieren und soziale Entwicklungen zu steuern.

Die Zuschreibung einer solchen Kompetenz deckte sich mit dem Selbstverständnis der Zeit. Das *sozialtechnologische Vertrauen* war in den 60er Jahren voll entfaltet, bei „Konservativen" wie bei „Progressiven". Die an den Schalthebeln des Herrschaftsapparates saßen, meinten, sie hätten die Gesellschaft nun im Griff, und schrieben die Erfolge dieser historisch außerordentlich dynamischen Wachstumsperiode der eigenen Steuerungskompetenz zu. Die anderen, die danach verlangten, an diesen Schalthebeln mitsteuern zu dürfen, begehrten zwar nach einer anderen, von kapitalistischen Verwertungszwängen befreiten Gesellschaft, jedoch bestand auch für sie kein Zweifel daran, daß die von ihnen eingeforderte Zukunftsgesellschaft eine durchgeplante, besser gesteuerte, wissenschaftlich angeleitete Sozialordnung sein würde.

Der *sozialtechnologische Optimismus* verband sich in diesen Kreisen mit einem *demokratiepolitischen Optimismus.* – Die Machbarkeitsvorstellungen waren also vom rechten bis zum linken politischen Spektrum stark ausgeprägt[8].

Das soziokulturelle „Nachkriegsmodell" – harte Arbeit und Wiederaufbau, politische Zurückhaltung und schließlich Konsumgenuß[9] – war den Bedingungen einer „reichen" Gesellschaft in den 60er Jahren nicht mehr angemessen. Die Jugendlichen dieser Epoche waren bereits in zunehmendem und spürbar werdendem Reichtum aufgewachsen; sie forderten die Beseitigung anderer „Knappheiten" – sozialpsychischer, demokratischer, distributiver Unzulänglichkeiten – in einer „Gesellschaft der Fülle". Während ihre theoretischen Erklärungen bereits im Verklingen waren, läßt sich ihre grundsätzliche Umorientierung noch in die 70er und 80er Jahre hinein verfolgen. Freilich ist es eine allzu wohlwollende Interpretation, der Jugend der letzten beiden Jahrzehnte einen *Wertwandel* – von egozentrisch-materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten[10] – zu attestieren; eher handelt es sich um einen *additiven Wertwandel*[11] oder eine *Wertakkumulation:* Die materiellen Wünsche werden durch immaterielle angereichert, und auf der Basis eines gesicherten und wachsenden Wohlstandes werden neue Visionen angepeilt[12].

Die Idee der Machbarkeit hat immer dynamischen Charakter[13]. Von den wohlstandssozialisierten Jugendlichen wurden konkurrierende Deutungsmuster vorgetragen, die den Nachkriegskonsens attackierten. Diese aus der gesellschaftlichen Peripherie und aus intellektuellen Zirkeln gewachsenen Deutungsmuster, meist auf marxistischen Gesellschaftstheorien beruhend, waren aber nicht verallgemeinerungsfähig. Sie erlebten einen vorübergehenden Aufschwung, erreichten manche konkreten Ziele und beeinflußten nachhaltig die Weltsicht der Individuen. Aber als dauerhaftes Modell des Wirklichkeitsverständnisses konnte sich die theoretisch-praktische Konzeption, welche die Jugendlichen verwendeten, jene nämlich eines in der Endphase seiner Existenz befindlichen und für die revolutionäre Transformation reifen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, nicht etablieren.

2.2. Das Zerbrechen der Kompetenzzuschreibungen

Die Wünsche nach Wohlstand und Glück richten sich in der modernen Industriegesellschaft an den Staat; das war in den 60er Jahren nicht anders als in den 70ern. Durch die ganze Nachkriegszeit hindurch hat der Staat diese Wünsche – im Vertrauen auf das wirtschaftliche Wachstum – bereitwillig aufgenommen und forciert. Aber diese Machbarkeitsvorstellungen, die darauf beruhten, daß man dem Staat nicht nur Allkompetenz, sondern nahezu Allmacht zugesprochen hat, sind in den 70er Jahren zerbrochen. Die Grenzen der Voraussehbarkeit der sozialen Entwicklung und die Grenzen ihrer Steuerbarkeit sind ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrungen. Überhöhte Kompetenzproklamationen

werden nicht mehr geglaubt. Was ist in den 70er Jahren passiert? Für den Sinneswandel gibt es mehrere Gründe[14].

Erstens hat das *Versagen der sozialtechnologischen Behauptungen* der 60er Jahre angesichts auftauchender Turbulenzen – etwa die vollständige Hilflosigkeit der Wirtschaftspolitiker angesichts des kräftigen Abschwungs 1975 – die Vorstellungen darüber, was bewußte Interventionspolitik leisten kann, auf bescheidenere Niveaus heruntergeholt. Denn am Ende der 60er Jahre proklamierten beispielsweise die Ökonomen, überheblich geworden durch die historisch unvergleichliche Wachstumsperiode, sie hätten die wirtschaftlichen Dinge endgültig im Griff: Von der fiskalpolitischen Grobsteuerung meinte man zum „fine tuning" übergehen zu können. Daß es sich beim goldenen Wachstumspfad um einen geschichtlichen Glücksfall und weit weniger um wirtschaftspolitische Kompetenz gehandelt hatte, wurde Mitte der 70er Jahre plötzlich offenbar, als weder mit den wirtschaftlichen Prognosen noch mit den politischen Garantien etwas anzufangen war.

Zweitens schienen gleichzeitig die *Club-of-Rome-Warnungen* durch die Ölkrise 1973/74 bestätigt (obwohl diese Ölkrise ganz andere Gründe hatte, nämlich die politschen Entwicklungen im Gefolge des Nahostkriegs, die Kartellbildung bei den Öllieferanten und die explosive Nachfragesteigerung der Industrieländer durch das vorangegangene hohe Wirtschaftswachstum): Tatsächlich waren die Bürger der Industriestaaten plötzlich mit Preissprüngen konfrontiert, mit Warteschlangen an den Tankstellen – und mit der offenkundigen Hilflosigkeit der Experten. Die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten waren wirksamer als die Steuerungsversuche. Die vorausgesagten Verknappungen verschiedener Güter, vor allem hinsichtlich der Ausbeutung der Rohstoffe, schienen – in der Wahrnehmung vieler Menschen – ihren augenscheinlichen Niederschlag zu finden. Die apokalyptischen Computerszenarien wurden erlebbar und glaubhaft.

Drittens begann – in der zweiten Hälfte der 70er Jahre – langsam die *Serie der Umweltskandale* in Schwung zu kommen. Vor allem wurden bestimmte Schwellenwerte überschritten: Spürbarkeits- und Sichtbarkeitsschwellen oder Belastungsschwellen ökologischer Systeme. Entwicklungen, die sich lange angebahnt hatten, wurden offenkundig, nicht zuletzt deshalb, weil man nun zu messen begann, was vorher niemanden interessiert hatte. In regelmäßiger Folge wurde das Umweltproblem aktualisiert – und rasch auch mit dem Energiethema verbunden: durch die Ressourcenfrage, die Emissionen, das Landschaftsproblem, die Diskussion über Technik.

2.3. Erfolg und Sklerose

Damit ist – in der Mitte der 70er Jahre – das *Paradigma der Nachkriegszeit* zu Ende gegangen: eine Epoche der recht kontinuierlichen ökonomischen Entwicklung, getragen von einem weitreichenden politischen Grundkonsens und dem gesunden Selbstbewußtsein der

interventionistischen Kompetenz. Das lange Zeit gültige Bild von der Wirklichkeit ist zerbrochen, und mit zwei Konsequenzen schlagen sich die Machthaber seitdem herum.

Die eine Konsequenz ist die verzögerte Anpassung an die neuen Gegebenheiten. Der jahrzehntelange Erfolg des Nachkriegskurses rächte sich nun: Die Rezepte der Vergangenheit hatten eine derart robuste Erfahrung ihres Erfolges für sich, daß die Entscheidungsträger nicht erkannten, daß diese Nachkriegskontinuität an ein Ende geraten war. *Je erfolgreicher die Vergangenheit, umso schwerer die Anpassung:* Man glaubt trotz sich häufender Schwierigkeiten nicht, daß die Strategien, die bisher immer so vorzügliche Ergebnisse gezeitigt haben, nun nicht mehr „greifen". Man sucht nach besonderen Umständen, die eine baldige Rückkehr zum „Normalzustand" erwarten lassen. Man sucht nach Schuldigen, deren spezielle Unfähigkeit verantwortlich gemacht wird. Man verdrängt den Wandel. Damit wird Zeit vertan, bis der Druck der Geschehnisse die alten Wahrnehmungsmuster endgültig durchbricht und zerstört; bis deutlich wird, daß es um eine neue Interpretation der Geschehnisse geht[15]. – Das „Establishment" – so hätten es die protestierenden Studenten gesagt – blieb somit über lange Jahre hinweg dem überkommenen Weltbild verhaftet. Es verließ sich auf die bisherigen guten Erfahrungen und folgte den wohlerkundeten Trampelpfaden der Vergangenheit. Das gilt für die politischen Instanzen, deren Unbeweglichkeit es ermöglichte, daß sich in den Nischen des politischen Marktes neue Kleinanbieter einrichten konnten. Das gilt für die Grundstoffindustrie, deren Repräsentanten auf den langfristigen Erfolg ihrer bisherigen Strategien verweisen konnten und alle Krisenzeichen als vorübergehende Störungen des Marktes abtaten. In Wahrheit war alles anders: Das dynamische Wirtschaftswachstum war zu Ende; der Machbarkeitsglaube war zerbrochen; neue Themen befanden sich im Aufstieg. Kurz und überpointiert gesagt: Die Zeichen der Zeit wurden nicht erkannt. Eine robuste Sklerotisierung wurde sichtbar, auf allen Ebenen, im politischen und im wirtschaftlichen Bereich.

Die zweite Folge war noch weitreichender. Es war die *sozialdemokratische* Weltanschauung, die unter diesen Veränderungen am schwersten zu leiden hatte. Denn die klassischen Bestände sozialdemokratischer Gesellschaftstheorie waren wohl im Laufe der Jahre schon aufgegeben worden, etwa das Ziel einer grundlegenden Veränderung der Produktionsverhältnisse; die reformistische Konzeption aber war an ein Fortschritts- und Wachstumsdenken gebunden, das an soziale[16] und an ökologische Grenzen stieß, und sie beruhte auf der Existenz staatlich-administrativer Gestaltungsmöglichkeiten, die immer unglaubwürdiger wurden. *Das sozialdemokratische Jahrhundert* – denn ein solches war es wohl – hat beeindruckende Erfolge zu verzeichnen, und doch wird nun die Frage gestellt, ob der Sozialismus ein Thema von gestern sei[17] – scheint doch nichts mehr übrig zu bleiben außer einem allgemeinverbindlichen Humanismus und einer traditionsbewußt vorzeigbaren Parteigeschichte. Konservative und liberale Parteien haben es mit einem Knick dieser Art leichter: Während konservative Parteien sich

auf bewährte kulturelle Traditionen zurückziehen und auf Status quo, Kontinuität und bürgerliche Tugenden verweisen können, und während liberale Parteien mit ihrem Marktmodell allemal soziale Lösungen für alle Lebenslagen anzubieten glauben, sind die sozialistischen Parteien in der Verlegenheit, weit und breit keine Ersatzvisionen als Substitut ihrer weitreichenden Programmatik entdecken zu können, jener theoretisch so anspruchsvollen Programmatik, die sich zum einen Teil erfolgreich erledigt (Wohlfahrtsstaat) und zum anderen Teil als praktisch unbrauchbar (Verstaatlichung) erwiesen hat. Die 80er Jahre sind die Phase der Ratlosigkeit und der Defensive.

3. Der Wandel in der Staatseinschätzung

„Heute sieht es so aus, als seien die utopischen Energien aufgezehrt, als hätten sie sich vom geschichtlichen Denken zurückgezogen. Der Horizont der Zukunft hat sich zusammengezogen und den Zeitgeist wie die Politik gründlich verändert. Die Zukunft ist negativ besetzt; an der Schwelle zum 21. Jahrhundert zeichnet sich das Schreckenspanorama der weltweiten Gefährdung allgemeiner Lebensinteressen ab[18]." Was Jürgen Habermas mit diesen Worten beschreibt, ist die politische Stimmungslage der Gegenwart. Womit wir konfrontiert sind, das ist eine andere Variante der Zerstörung von Ideologien und Visionen: Nicht die Technokratie beherrscht die Trümmerfelder der Weltbilder, sondern eine Stimmung der Ratlosigkeit schwebt über der politischen Szenerie. Visionen werden wohl eingemahnt und beschworen, aber nicht geglaubt. *Demokratiepolitischer Pessimismus* verknüpft sich nicht mehr mit technokratischem Optimismus, sondern mit *sozialtechnologischem Pessimismus.* Überspitzt formuliert: Die untergründige Stimmungslage, die den politischen Eliten in Österreich öfters attestiert wird, der „therapeutische Nihilismus[19]", ist zum Bewußtsein der Österreicher geworden. Man wartet zunächst ab, was weiter geschieht.

3.1. Versuche mit neuen Deutungsmustern

Die Politik hat sich heute in einer „offenen Situation" zurechtzufinden. Die ideologischen Karten werden neu gemischt, und vieles ist in dieser Lage möglich. In einem Umbruch können sich neue Deutungsmuster, die in *autonomen Öffentlichkeiten* verfügbar sind, durchsetzen[20]. Dies geschieht natürlich nicht in einer herrschaftsfreien face-to-face-Kommunikation zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, sondern durch institutionalisierte Kommunikationskreise: Darunter stehen an erster Stelle die Massenkommunikationsmittel, mit all ihrem Gewicht und ihrer spezifischen Dynamik; dann aber auch politische Gruppierungen, Intellektuellengruppen, die Wissenschaft, neue soziale Bewegungen und dergleichen. Sie stoßen nach in jene Lücke, die dadurch entsteht, daß die „Grenzen des sozialstaatlichen Projekts" – wie Habermas meint – sichtbar werden: in einer Situation, „in der eine immer

noch von der arbeitsgesellschaftlichen Utopie zehrende Sozialstaatsprogrammatik die Kraft verliert, künftige Möglichkeiten eines kollektiv besseren und weniger gefährdeten Lebens zu erschließen[21]." In der Krise entsteht eine *Nachfrage nach neuen Deutungen*, die von den vorherrschenden abweichen, und verschiedene Gruppierungen bieten solche Deutungen an. Denn auch in Phasen der Konformität, in denen kaum ein Ideenwandel zu beobachten ist, werden in bestimmten Gruppen – eben den erwähnten autonomen Öffentlichkeiten – abweichende Ideenbestände konserviert, die zu gegebener Zeit in die allgemeine Öffentlichkeit vordringen[22].

Was für das öffentliche Bewußtsein generell gilt, läßt sich auch auf die politischen Parteien anwenden. In den Zeiten der *Verunsicherung* können politische Inhalte aus den Stäben und peripheren Gruppen der Partei Resonanz gewinnen[23], sie können als programmatische „Neuigkeit" oder als attraktive „Vorschläge" von den Machteliten akzeptiert werden. Der „frische Wind", d. h. die „Öffnung" der Organisation, muß sich freilich nicht immer durchsetzen, denn das Orientierungsbedürfnis, das zu gleicher Zeit wächst, läßt sich auch am Bewährten – und damit an den Kernschichten der Partei als seinen sozialen Trägern – „festmachen". Die Verunsicherung kann also dazu führen, Strategien der „Schließung" zu forcieren – dies scheint die Antwort der katholischen Kirche auf die unübersichtliche Situation zu sein. Es hängt also in dieser offenen Situation nicht zuletzt von Zufällen – etwa der Orientierung starker Führungspersönlichkeiten – ab, ob Konflikte überbrückt werden können, ob Neuorientierungen durchdringen oder Rückzugstendenzen sich durchsetzen.

Problem- und Lösungsdefinitionen können sich in einer solchen Phase wandeln, und diese Definitionen politischer Sachverhalte sind durchaus wirkungsmächtig. Denn die Definition eines Problems beeinflußt mögliche politische Antworten und Maßnahmen zur Verteilung der Lasten. Ist etwa das Problem der Grundstoffindustrie ein Beschäftigungsproblem oder ein Problem der Industriestruktur? In den 70er Jahren wurde es als *Beschäftigungsproblem* betrachtet, und daher wurden die Steuerzahler zur Kasse gebeten, um unrentable und unangepaßte Betriebe am Leben zu erhalten. In den 80er Jahren hat man sich dazu durchgerungen, es als ein *Problem der Industriestruktur* zu definieren, und daher geht es um die Frage, wie – möglichst schonend – ein rascher Anpassungsprozeß (in diesem Falle eher zu Lasten der Arbeitnehmer) eingeleitet werden kann[24].

Im Repertoire ideengeschichtlicher Antworten auf wirtschaftliche Problemsituationen wird heute vor allem auf zwei Modelle zurückgegriffen: auf das romantische Modell und auf das konservativ-liberale Modell. Diese beiden Ideenkomplexe werden nun kurz behandelt.

3.2. Rückkehr zur Vormoderne

Der bereits erwähnte sozialstaatliche Grundkonsens der Nachkriegsjahrzehnte – der „sozialdemokratische Konsens[25]" – lautete: steigendes

Einkommen und soziale Sicherheit. Dieser Konsens gerät natürlich in Gefahr, wenn die Wirtschaftspolitik die Vollbeschäftigung nicht mehr sichern und die Pazifizierung von Verteilungskonflikten nicht mehr leisten kann, und wenn sich die bislang wenig sichtbaren oder verdrängten Kosten des Industrialisierungsprozesses in unübersehbaren und bedrohlichen Ereignissen verdichten. Was bislang als *Lösung* für Probleme – wie Armut, ungerechte Verteilung und Unsicherheit – angesehen wurde, wird nun selbst zum *Problem*: Fortschritt, Technik und Wohlstand werden verdächtig.

Wenn die Moderne – die Technik, die Vernunft – Überlebensprobleme schafft, dann liegt es nahe, zur *Vormoderne* zurückzukehren[26]. Daß dies möglich ist, ist freilich eine Illusion; aber dieser Umstand war für soziale Bewegungen noch nie störend. Das Umwelt- und Energiethema – in seiner Globalisierung und Reichweite – ist nun ein typisches Thema der Moderne, unbeschadet aller partiellen Ökoprobleme früherer Jahrhunderte. Es ist kein Wunder, wenn die jüngere Generation *romantische Traditionen einer Kritik an der Moderne und der Industriegesellschaft*, die aus dem frühen 19. Jahrhundert stammen und an der Wende zum 20. Jahrhundert neue Resonanz erfahren haben, aufnimmt und umfassende Gegenmodelle postuliert[27]. Die Befreiung von technisch-organisatorischen Zwängen soll in neue Verhaltens- und Orientierungsmuster münden: Selbstverwaltung, Kleingruppen, small is beautiful, Netzwerke.

Nicht machen, sondern einordnen; keine Systemgestaltung, sondern das Leben in Kreisläufen; keine künstliche Welt, sondern eine natürliche Ordnung; nicht Herrschaft, sondern Harmonie. „Graswurzelpolitik" verweigert sich den Formalismen und Disziplinierungen der industriellen und repräsentativ-demokratischen Welt, Arbeit und Politik sollen spontan und emotional, selbstbefreiend und unmittelbar, anarchistisch und kommunikativ sein[28]. Kurz: Widerstand gegen die Tendenzen der „Kolonialisierung der Lebenswelt[29]".

Die grün-alternativen Bewegungen haben ihre Thematisierungskompetenz unter Beweis gestellt; das Umweltthema hat eine erstaunlich rasche Karriere im öffentlichen Bewußtsein vollzogen. Ihnen ist es zu verdanken, daß die Ökologie so rasch als politisches Problem anerkannt wurde. Aus diesen Gruppierungen ist eine neue Weltinterpretation rasch in die Öffentlichkeit gedrungen: *die Welt als bedrohte, vergiftete und gefährdete*[30]. Zu gleicher Zeit haben die grün-alternativen Parteien allerdings ihr organisatorisches Unvermögen unter Beweis gestellt sowie ihre Schwäche, vernünftige mittelfristige Konzepte zu entwerfen. So sind sie eher als partielle Unzufriedenheitssymptome zu werten denn als konstruktive politische Kräfte. Umgekehrt haben die etablierten politischen Kräfte – nach einer Phase der Verzögerung – gelernt: Sie haben symbolische Strategien entwickelt, um ihr Engagement in Umweltfragen unter Beweis zu stellen, und sie haben da und dort tatsächlich eine ökologische Reformpolitik begonnen. Gleichwohl werden die grün-alternativen Strömungen auch für die nächsten Jahrzehnte bestehen bleiben: einerseits, weil die von ihnen angerissenen

Fragen tatsächlich wichtig sind, und andererseits, weil die zuverlässig eintretenden Umweltskandale auch in den nächsten Jahrzehnten das neue Wirklichkeitsbild bekräftigen und den Unmut der Bürger anheizen werden[31].

3.3. Rückkehr zum peripheren Staat

Die konservativ-liberale Anwort auf die in den 70er Jahren aufgetretenen Probleme ist mit klassischen Auffassungen vom zurückhaltenden, rahmensetzenden Staat verknüpft. Der Staat – so meinen die Kritiker des etatistischen Reformismus – habe seine Aktivitäten in zahlreiche Lebensbereiche ausgeweitet, in denen er nichts zu suchen habe, sondern vielmehr die individuelle Entscheidungsfreiheit bedrohe. Er behindere den privaten Wirtschaftsprozeß, der ohne störende Eingriffe weit bessere Ergebnisse zustandebringen würde, und schöpfe zur Finanzierung seiner unnützen Aktivitäten so viele Ressourcen ab, daß er dadurch die wirtschaftliche Dynamik schwäche. Sein Aktivitätsbereich sei daher zurückzudrängen, sein Budget zu beschneiden, seine Programme seien zurechtzustutzen, seine Eingriffe so weit wie möglich zurückzunehmen[32].

Das Bild hat sich gewandelt: vom planenden, hegenden, steuernden und behütenden Staat zum *gefräßigen Leviathan, dem es seine Beute zu entreißen gilt.* Dieser Wandel in der Wirklichkeitswahrnehmung führt ohne Zweifel zu zahlreichen vernünftigen Maßnahmen: zu Einsparungsversuchen, zu Effizienzsteigerungsprogrammen, zur Plafondierung der Staatsverschuldung, zu Steuerreformen; langsam, sehr langsam auch zu einem Bewußtsein davon, daß jede Forderung an den Staat in Wahrheit eine Forderung an die Mitbürger ist, die ja Ressourcen dafür aufzubringen haben. Die größte Aufmerksamkeit erzielen freilich *Privatisierungsprogramme*, welche die unterschiedlichsten Organisationen und Unternehmungen dem direkten Einflußbereich des Staates entziehen[33]. Da Privatisierung als Lösungsmethode, die politisch-wirtschaftliche Kompetenz verrät, anerkannt ist, wird sie – allen residualen ideologischen Vorbehalten zum Trotz – auch von einer sozialdemokratischen Regierung zunehmend praktiziert: auch in jenen Fällen, in denen sie nach allen Regeln der ökonomischen Kunst keine Wirkungen erzeugt. Denn zu den Grundvoraussetzungen, unter denen man von einer solchen Maßnahme einen segensreichen Effekt erwarten darf, gehört, daß sich das fragliche Unternehmen auf einem Konkurrenzmarkt befindet, also unter dem Selektionsdruck des Wettbewerbs steht. Das aber ist nicht immer der Fall. Dennoch bedient man sich des zur Zeit positiv bewerteten Etiketts: Hat man eine Lösungsmethode, die Tatkraft und Kompetenz signalisiert, gefunden, werden erforderlichenfalls die Probleme auch erst erzeugt, an denen der politische Apparat seine Entschlossenheit wählerstimmenträchtig demonstrieren kann.

3.4. Überschätzung und Unterschätzung des Staates

Der Staat ist weder eine verehrungswürdige Entität, deren Aura es zu wahren oder zu regenerieren gilt; noch ein dämonisierbares Ungeheuer, das mit allen nur denkbaren Waffen zu verscheuchen ist; noch ein vernachlässigbares Phänomen, das an der Peripherie eines dynamischen Gemeinwesens seinen angemessenen Platz hat. Aber an der staatsbürgerlichen Erziehung und Fähigkeit dazu, Leistungen und Grenzen politisch-staatlicher Machbarkeit einschätzen zu können, mangelt es gewaltig: Die Bürger schwanken, wenn sie den Staat ins Auge fassen, zwischen illusionistischen Allmachtsphantasien und defätistischen Globalbeschimpfungen. Zunächst hat die Bereitschaft des Staates, „alle" Aufgaben auf sich zu nehmen, und sein unleugbarer Erfolg in den letzten Jahrzehnten zu einer *Überschätzung* des Staates geführt: Es wurde – wie ein Kritiker meint – „von der Allzuständigkeit auf die *reale Allfähigkeit* geschlossen . . . Die ‚*Ver-Staatlichung*' erscheint als *unfehlbares Instrument* zur Problemlösung". Der Staat werde „als zweckrationale Organisation für *komplexe, konfliktanfällige und erfolgsungewisse Aufgaben* gedeutet und eingesetzt". Dies habe ihn einer „unbegrenzten Erwartungssituation" ausgesetzt[34].

Das ist sicher richtig; neuerdings scheint die Leistungsfähigkeit des Staates jedoch eher einer *Unterschätzung* ausgesetzt zu sein. Die „Zurückdrängungsperspektive" gewinnt an Terrain, nicht zuletzt deswegen, weil offenkundig wird, daß die bürokratische Organisationsform nicht nur eine zweckrationale Apparatur ist, sondern auch zu steigenden Kosten, zunehmenden Ineffizienzen, Kontrollproblemen, Protektionismen und anderen Unzulänglichkeiten führt. Derzeit ist der Gegenschlag erfolgreich: Unter den Bannern des „Staatsversagens", der „Regierbarkeit" und ähnlicher analytischer Abbreviaturen versammeln sich jene, welche die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung durch den staatlichen Expansionismus geschädigt oder bedroht sehen. Fraglos wird jede Veräußerung oder Ausgliederung staatlicher Institutionen – theoretisch wie praktisch – als Gewinn an Effizienz und Dynamik angesehen. „Praktisch" heißt: Die radikalen Briten sind die Spitzenreiter bei den Privatisierungsprojekten, die USA kürzen ihre Wohlfahrtsprogramme. „Theoretisch" heißt: Wirtschaftstheoretiker wie James Buchanan propagieren Vertragsmodelle, die verfassungsrechtliche Einschränkungen wirtschaftspolitischer Aktivitäten des Staates sicherstellen sollen[35], und Friedrich von Hayek plädiert für einen Minimalstaat klassischer Prägung, um Freiheit und Dynamik sicherzustellen[36].

Zwei Argumente lassen sich ihnen ebenso entgegenhalten wie den Etatisten, die prinzipiell für größere Staatsanteile plädieren. Erstens ist das Ausmaß an „Staatlichkeit", an staatlicher Durchdringung der gesellschaftlichen Beziehungen, eine empirische Größe, die nach der Zweckmäßigkeit der funktionalen Beiträge staatlicher Interventionen zu beurteilen ist. Deterministische Gesetzmäßigkeiten, die Zivilisationsniveau und (steigenden) Staatsanteil verklammern, sind ebenso problematisch wie ein ungebrochenes Staatsvertrauen, das prinzipiell

private Erträge verdächtigt und auf die segensreiche Verwendung von Steuergeldern vertraut; aber pauschale Hinweise auf „Freiheiten", die durch die staatliche Abschöpfung von privaten Ressourcen gefährdet seien, sind gleichfalls oft einäugig konstruierte Wirklichkeitsbilder.

Zweitens können sich die meisten liberalen Theoretiker nur schwer mit dem Gedanken anfreunden, daß die erforderliche Flexibilität und Dynamik einer modernen Industriegesellschaft nicht durch eine möglichst weitgehende Reduzierung des Sozialstaates zu erreichen ist, sondern eher durch seine *Optimierung*[37] – und das mag Einschränkung in manchen Bereichen und Ausbau in anderen bedeuten[38]. Der Wohlfahrtsstaat ist nicht nur ein bedauerlicher, weil zum Zwecke der politischen Stabilisierung erforderlicher Kompromiß, welcher das erreichbare Niveau von Wachstum und Leistungsfähigkeit, das mittels eines extremliberalen Modells erzielbar wäre, aufs Spiel setzt. Er ist, auch wenn über die konkrete Programmatik diskutiert werden kann, jene soziale Ordnung, welche die rein wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines idealtypischen kapitalistischen Systems weitestgehend nutzt und dennoch mit den Postulaten der Sicherheit und Gerechtigkeit vereint, ein System, welches zudem öffentliche Komplementärgüter liefert und allgemeine Stabilisierungsleistungen vollbringt: ein Gemeinwesen, dessen Leistungsfähigkeit weder mit sozialistischen Idealwelten verglichen werden kann, die mit lauter „guten Menschen" besetzt sind, noch mit liberalen Idealwelten, die vor der entfesselten Dynamik egozentrischer Individuen geradezu bersten.

3.5. Pragmatismus und Differenzierung

Solche Idealwelten stellen freilich weitgehend das Spielmaterial dar, aus dem sich öffentliche Diskussionen nähren – in Österreich freilich im allgemeinen in sehr abgeschwächter und ideologisch konvergenter Form. Der Sozialstaat wird von den großen Parteien nicht in Frage gestellt, auch wenn um Akzentsetzungen gestritten wird. Die politischen Parteien sind derzeit freilich nicht in der Lage, eine sozialstaatliche Optimierungsvorstellung in konsistenter Weise zu entwickeln, schon deswegen, weil sie „ihre traditionelle Identität, die sie in der Vergangenheit zu dem gemacht hat, was sie waren, schrittweise eingebüßt" haben, „ohne daß eine neue Identität und Kenntlichkeit sichtbar wäre oder sich auch nur ankündigte". Dies konstatiert Norbert Leser, der den politischen Konvergenzprozeß damit verbunden sieht, daß die Parteien in einer differenzierten Gesellschaft „zu losen Allianzen verschiedener Interessengruppen" geworden sind. Für sie gehe es immer weniger um die Durchsetzung verschiedener Grundsätze, sondern immer mehr um die bessere und zweckmäßigere Anwendung gemeinsamer Grundsätze[39].

Das aber hat zwei Folgen. Einerseits beginnt sich in den 80er Jahren im Rahmen der gemeinsamen Ratlosigkeit ein *neuer Pragmatismus* zu entwickeln und zu verfestigen, der nicht an der Unverfügbarkeit von

Visionen verzweifelt oder solche durch verbale Kunststücke herbeizuzaubern sucht, sondern der sich aus der Handlungsparalyse erholt und nicht davor zurückscheut, wenigstens Alltagsaufgaben anzupacken. Freilich ist damit die Gefahr verbunden, daß die begrenzte Reformbereitschaft in der effizienteren Verfolgung teilrationaler Ziele aufgeht, d. h. daß sie die zentrale Funktion vernachlässigt, die Partialrationalitäten von Subsystemen in einer differenzierten Gesellschaft zu einer Gesamtrationalität zu kombinieren, statt sie eigendynamisch walten und damit eine gesamthafte Irrationalität entstehen zu lassen. „Muddling through" greift in einer so komplexen Gesellschaft zu kurz[40].

Andererseits aber kollidiert diese pragmatische Gemeinsamkeit der politischen Gruppierungen, selbst wenn sie einige Schritte in Richtung auf eine Gesamtrationalität schafft, mit dem *Differenzierungsbedürfnis* der Parteien auf dem Felde der politischen Konkurrenz. So bleibt nur eine symbolische und begriffliche Form der Auseinandersetzung, welche die faktische Gemeinsamkeit oberflächlich dementiert, aber, da sie auf Einzelfragen hin orientiert ist, zu höchst disparaten Wirklichkeitsvorstellungen und widersprüchlichen Forderungen führt. Dadurch werden die letzten Konsistenzreste politischer Ideologien aufgelöst. Dieses Geschehen aber führt uns zur Darstellung des politischen Handelns in der Öffentlichkeit und damit zu einer weiteren Ebene der Prägung von Weltbildern.

4. Der Wandel in der Politikdarstellung

Unterschiedliche Kommunikationskreise definieren und präsentieren politisch relevante Wirklichkeitsbilder in der Öffentlichkeit. Die Massenmedien stellen zweifellos das wichtigste Forum dar, durch welches das öffentliche Bewußtsein geprägt und der Wechsel von Weltbildern bewerkstelligt wird. Es gilt daher, einen Blick auf diese medienzentrierte Politikszene zu werfen und den Idealtypus des „Politikunternehmers", der sich auf diesem Felde tummelt, zu skizzieren. Schließlich soll noch kurz das Problem der politischen Glaubwürdigkeit in einer unübersichtlichen Mediengesellschaft gestreift werden.

4.1. Medienorientierte Politik

Die Massenmedien sind zur entscheidenden Schaltstelle im politischen Entscheidungsprozeß geworden. Sie prägen in hohem Maße die Wirklichkeitswahrnehmung der Bürger. Was Politik sein will, muß in die Medien Eingang finden, und was in den Medien ist, das ist Politik[41]. In diesem Prozeß wird um Definitionen gestritten, nicht unmittelbar um Geld und Macht[42]. Dabei geht es gar nicht so sehr um die Beeinflussung politisch-ideologischer Meinungen der Bürger oder um die Instrumentalisierung bestimmter Medien für politische Zwecke von Parteien oder Interessengruppen. Grundlegender ist die *Veränderung des politi-*

schen Geschehens, die durch die Logik und den Zwang des mediengerechten Handelns ausgelöst wird[43]. Dieses führt nicht nur zur Personalisierung, zum politischen „Starsystem" und zum Relevanzverlust der Parteiorganisationen[44], sondern auch zu eigentümlichen Thematisierungs- und Interpretationsprozessen. Es entsteht eine eigene Welt.

Was „wichtige" Vorhaben und Probleme der Politik sind, darüber muß in einer politischen Szene, die keine anderen Relevanzkriterien mehr kennt als jene des publizistischen Neuigkeitswertes, meist Unklarheit herrschen. Läppische Zinsensteuern können – wie wir wissen – den Blick auf eine großangelegte Steuerreform verstellen; der Freifahrtschein für Studenten scheint zeitweise wichtiger als die Forschungspolitik generell; Bildungspolitik degeneriert zum Lehrplangerangel oder zum Parteikonflikt bei der Besetzung von Direktorenposten. Eine weitreichende Verkehrspolitik oder eine entschlossene Ökologiepolitik ist kaum über die Bühne der Medien zu bringen. Politisch-publizistische Aufschaukelungsprozesse machen Politik zum Showgeschäft[45], prägen ihr neue, vergängliche Schwerpunkte auf. Informationslieferanten und -verkäufer drängeln sich in und um Pressekonferenzen und Fernsehstatements, und da diese zum eigentlichen Ziel politischen Handelns werden, ist jede großangelegte politische Maßnahme, die ihre „Spalte" oder ihre drei Fernsehminuten gehabt hat, am nächsten Tag schon Schnee von gestern[46].

Kaum noch jemand hält an der aufklärerischen Hoffnung fest, durch die Informationsdichte der Massenmedien werde der informierte und partizipative Staatsbürger erzeugt, den eine lebendige Demokratie benötigt. Vielmehr entsteht durch die elektronischen Medien eine eigene, eigentümliche Welt: eine durch die Eigengesetzlichkeit der Medien erzeugte „Fassadenpolitik", die nur lose mit der „wirklichen" Politik verklammert ist, die sich hinter den Kulissen abspielt. Aber es sind diese Potemkinschen politischen Szenarien, von denen das politische Wirklichkeitsbild der Staatsbürger wesentlich geprägt ist. Die Medien begünstigen das Auseinanderdriften von Wirklichkeit und Realitätsbild[47].

4.2. Dynamische Politikunternehmer

Politisches Handeln ist – wie erwähnt – ein Spiel mit Wirklichkeitsdeutungen. Es ist allerdings keine unverbindliche Spielerei, sondern eine unter *Konkurrenzdruck* stattfindende Auseinandersetzung um Wirklichkeitswahrnehmungen. Wer darin siegt, kann die Herrschaftspositionen besetzen. Wer seine Anliegen und Absichten überzeugungskräftiger präsentiert, wird Gefolgsleute finden und Wählerstimmen gewinnen. Deshalb hat die Neue Politische Ökonomie auch das Modell des Konkurrenzmarktes für den politischen Wettbewerb verwendet.

Tatsächlich ist auch der Politiker ein *Unternehmer* jenes dynamischen Schlages, wie ihn Joseph Schumpeter[48] oder Friedrich von Hayek[49] beschrieben haben; also eine Gestalt, die nicht ein passives

Optimierungsverhalten an den Tag legt, um die wählerstimmenmaximierende Position auf einer ideologischen Skala anzupeilen, sondern die einen Stimmenmarkt „erobern" muß. Dabei aber gilt es, „Neuigkeiten" zu präsentieren, attraktive Offerte, Zuwächse, Erhöhungen, Reformpakete, Innovationen; denn einmal realisierte Neuerungen unterliegen einem Veralterungsprozeß. Deswegen werden immer mehr kostenträchtige Programme geschaffen als abgeschafft, denn jede Programmliquidation gefährdet Besitzstände, die von den Betroffenen gewahrt werden, und jede Programmlizitation schafft Nutznießer, von denen man politischen Profit erwarten kann[50].

Dieser expansive Weg aber ist in einer Gesellschaft, die auf bescheidene Wachstumsraten zurückgefallen ist, die gleichzeitig mit zusätzlich auftretenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat und die zudem einige Altlasten aufzuarbeiten hat, nicht mehr möglich. Das hat nun einerseits die bereits beschriebene Ratlosigkeit zur Folge, andererseits aber den Versuch, die Bewegungsunfähigkeit durch *symbolische Politik* zu kompensieren[51]. Die Suggestion, daß etwas getan wird, um die Probleme zu bewältigen, läßt sich auf verschiedenen Wegen erzeugen: beispielsweise durch Gesetze, in denen keinerlei Instrumentarium zu ihrer Durchsetzung vorgesehen ist (wie dies im Umweltbereich zuweilen vorkommt); durch eine euphorische Beschreibung der wirtschaftlichen Effekte einer internationalen Öffnung, die durch die Wirklichkeit in keiner Weise abgedeckt wird; oder durch Unterhaltungsveranstaltungen wie eine Weltausstellung, Diskussionen über Künstleraktivitäten oder großangelegte weltanschauliche Symposien. Das politische „Firmenimage" kann durch solche Marketing-Aktivitäten auch dann verbessert werden, wenn zentrale Politikbereiche nicht zielführend bearbeitet werden.

Eine pessimistische Perspektive würde lauten: Die symbolische Politik ersetzt zunehmend die wirkliche, oder: Es gibt keine andere Politik als jene, die in den Medien sichtbar wird. Die optimistische lautet: Es entwickeln sich zwei Wirklichkeiten, zwei Welten – die „Showpolitik", vermittelt durch die Medien, und die „wirkliche Politik", die hinter den Kulissen stattfindet. Die *invisible hand* im Wirtschaftsbereich wird durch eine *invisible politics* ergänzt. Daß diese Vorstellung, die allen rechtsstaatlich-demokratischen Traditionen des Abendlandes widerspricht, hier als optimistische Variante bezeichnet werden muß, macht deutlich, wie weit dieser Prozeß schon vorangeschritten ist.

4.3. Glaubwürdigkeit in einer Mediengesellschaft

Dennoch funktioniert der politische Prozeß. Der Konsens der tragenden politischen Kräfte ist trotz der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten durch extremistische Konzepte derzeit kaum zu unterlaufen[52]. Auch Funktionsschwächen können überbrückt werden, wenn das Vertrauen darauf, daß der politische Apparat „im großen und ganzen" in Ordnung ist, ungebrochen ist. Damit stoßen wir freilich auf

einen heiklen Punkt: jenem der *Glaubwürdigkeit und der Anständigkeit der politischen Amtsinhaber.* Dahinter steckt ein Problem, das mit dem Verhältnis von Wirklichkeit und Wahrnehmung zu tun hat. Nur wenn dieses Problem ins Auge gefaßt wird, kann erklärt werden, warum zuweilen politische Karrieren durch ganz geringfügige Vergehen ein Ende finden, oder daß trotz gravierender Rechtsbrüche ein Systemvertrauen weiterbestehen kann.

Wir müssen, um dies deutlich zu machen, bei der Komplexität einer funktional differenzierten Gesellschaft ansetzen. Dadurch, daß die gesellschaftlichen Probleme so komplex, politische Leistungen so schwer beurteilbar und die politischen Geschäfte so undurchschaubar sind, beruht das politische Geschehen wesentlich auf *Vertrauen*: Bestimmten Personen werden Macht und Handlungsfreiheit übertragen in der Erwartung, daß sie diese zum Wohl des Gemeinwesens einsetzen werden. Vertrauen ist eine riskante Vorleistung, welche die Komplexität der Welt verringert, zugleich aber auch eine immer prekäre, enttäuschungsoffene Haltung[53].

Zwei ganz unterschiedliche Schlußfolgerungen verklammern beobachtbare Handlungen mit nicht beobachtbaren und bauen das Wirklichkeitsbild, das der Wähler von den politischen Akteuren besitzt, auf. Erstens kann nur von den beobachtbaren Aktivitäten eines Akteurs auf seine generelle Einstellung geschlossen werden. Jede sichtbare, wenn auch „unwichtige" Handlung wird als Indiz für eine Vielzahl unsichtbarer Aktivitäten genommen. Das bedeutet, daß dieses Vertrauen auch durch „kleine" Verfehlungen erschüttert werden kann, speziell dann, wenn die Öffentlichkeit erlebt, daß sie belogen wird, denn die Undurchschaubarkeit des Geschehens zwingt dazu, diese Verhaltensweisen als Symptom zu generalisieren.

Zweitens kann ein Systemvertrauen durchaus aufrechterhalten werden, solange sich Enttäuschungen nur mit einigen (austauschbaren) Personen verbinden. Die Legitimität der politischen Ordnung ist erst dann bedroht, wenn auf einer zweiten Ebene der Verallgemeinerung die Verfehlungen einzelner Personen als Indiz für das Verhalten der gesamten politischen Gruppe genommen werden müssen. Dann werden Probleme von Personen zu solchen einer ganzen Klasse; Distanzierung gegenüber der Regierung wird zur Distanzierung gegenüber der Politik überhaupt. Erst dann verändert sich das Wirklichkeitsverständnis: Politik wird – in der Sicht der Bürger – zum Tummelplatz von Opportunisten, Korruptionisten und Protektionisten.

Die Skandale des letzten Jahrzehnts haben, wie empirische Untersuchungen belegen, zu einem rapiden Verfall des Vertrauens in die politischen Instanzen, aber auch in die Verwaltung und die Justiz, geführt; gerade in jüngster Zeit sind viele Bürger veranlaßt worden, einige Schritte von der ersten zur zweiten Generalisierungsebene zu tun[54]. Wenn sich unter den Bürgern – wie immer auch zu Recht – das Gefühl verbreitet, daß ein Finanzminister zum rekordträchtigen Steuerhinterzieher und ein Versicherungsdirektor zum erfolgreichsten Betrüger wird, daß Spitzenpolitikern folgenlos Lügen nachgesagt werden

und alle miteinander in Waffenschiebereien verwickelt scheinen, daß Steuerhinterziehung im politischen Milieu zum guten Ton gehört und daß politisch-freundschaftliche Intervention möglicherweise sogar hinreicht, um schiffsprengende Massenmörder frei herumlaufen und mißliebige Zeugen liquidieren zu lassen, – wenn dieses Image entsteht, dann könnte selbst in einer gesichert scheinenden Demokratie irgendwann der Ruf nach dem „starken Mann" oder dem „eisernen Besen" ertönen, damit endlich Schluß sei mit dem höhnenden Unfug. Vertrauen in die Politik regenerieren, politische Glaubwürdigkeit wieder aufbauen – das ist ein langwieriges, mühsames Geschäft der Rekonstruktion beinahe schon verlorener Wirklichkeitsbilder.

Korruption ist freilich bereits der Extremfall des Glaubwürdigkeitsverlustes politischer Akteure. Viel häufiger sind andere, zum normalen politischen Treiben gehörende Fälle, nämlich eine populistische, nach Meinungsbefragungen schielende Wetterwendigkeit. Der theatralische Charakter, den die Politik durch die Medien erhält, fördert die Neigung, ja erzeugt einen gewissen Druck dahingehend, tagespolitischen Opportunismus als demokratische Haltung auszugeben. Aber sich dem Willen der Bürger im Grundsätzlichen zu beugen, ist nicht identisch mit dem Versuch, es immer allen recht zu machen und nirgends anzuecken. Repräsentant des Volkes zu sein, heißt nicht, das eigene Urteil aufzugeben und es den jeweiligen Stimmungen zum Opfer zu bringen; das hat auch mit Basisdemokratie nichts zu tun. Es fördert auch keineswegs die Systemstabilität: Populismus ist ein vergleichsweise primitiver Steuerungsmechanismus, eine Relation von Reiz und Reaktion ohne Einbau reflexiver Instanzen, und daher einem komplexen System unangemessen[55].

Auch durch einen demoskopisch gewandten Populismus kann die Glaubwürdigkeit verspielt werden. Wer die beiden Extreme: einen unbekümmerten Utopismus, weit entfernt von den Wünschen der Bürger, und einen gesinnungslosen Opportunismus, der jede Zeitungsglosse zur aktuellen politischen Ortsbestimmung nutzt, gegeneinander ausspielt, der verstellt den Blick auf das Problem „demokratischer Führung[56]". Freilich entgeht man auch dadurch nicht dem Problem der Politikvermittlung über die Massenmedien: Auch der Balanceakt, zwischen Überheblichkeit und Populismus, zwischen Naivität und Zynismus, zwischen Dogmatismus und Opportunismus, zwischen der Volksfremdheit und dem Stammtischdenken einen glaubwürdigen politischen Weg zu finden, muß letztlich über die Medien transportiert werden. Denn die Medien zeichnen auch jene inkonsistenten Anforderungsprofile, denen politische Akteure nachkommen müssen, wenn sie Erfolg haben wollen.

5. Schlußbemerkungen

Am österreichischen Beispiel wurde der Wandel politischer „Wirklichkeiten", realer und gedachter, untersucht; manches davon ist auch

für andere Länder verallgemeinerbar. Der Wandel von sozialen Stimmungslagen und politischen Wirklichkeitsbildern, der nicht geheimnisvollen Schüben oder Zyklen, sondern identifizierbaren Einflüssen zuzuschreiben ist, wurde auf drei Ebenen untersucht: Erstens wurde der Wandel der Machbarkeitsvorstellungen analysiert, von der sozialtechnologischen Hybris der 60er Jahre zum interventionistischen Defätismus der 80er. Zweitens haben wir den Wandel der Staats- und Politikeinschätzung sowie die neuen Deutungsmuster ins Auge gefaßt, die in der Situation der Ratlosigkeit angeboten werden. Drittens wurde ein Blick auf den Wandel in der Politikdarstellung geworfen, auf die Konstruktion der politischen Wirklichkeitsbilder in der öffentlichen Kommunikation und auf die Gefahr des Auseinanderdriftens von medienvermittelten Politikbildern und „wirklicher" Politik.

Die Österreicher – einschließlich ihrer politischen Repräsentanten – sind am Ende der 80er Jahre ziemlich ratlos; diese Ratlosigkeit wird zum Pragmatismus umfunktioniert. Sie sind ratlos, weil die Orientierungen der Nachkriegszeit, die bis in die 70er Jahre gedauert hat, zerbrochen und neue Orientierungslinien noch nicht sichtbar sind. Sie sind pragmatisch, weil dies das einzige ist, was in dieser Lage zu tun ist. Und dennoch sind sie zufrieden mit den allgemeinen Lebensumständen, weil im großen und ganzen bislang doch alles gut gegangen, jedenfalls die angesagten großen Krisen ausgeblieben sind. Das mag zunächst beruhigen. Es sollte aber auch zu keinem unangemessenen Selbstvertrauen führen.

Anmerkungen

1 Vgl. Alfred Schütz, Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt, Frankfurt a. M. 1981 (zuerst 1932); George Herbert Mead, Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus, Frankfurt a. M. 1968 (engl. 1934).

2 Zu jedem Zeitpunkt ist also ein Bestand an Deutungsmustern vorrätig, mit dessen Hilfe die Welt interpretiert wird: ein Bestand an Gewißheiten über die Beschaffenheit und die Entwicklung der Gesellschaft, über die eigene Identität, über soziale Zusammenhänge und angemessene Einschätzungen. Dieses Modell der Wirklichkeitskonstruktion bedeutet in gewissem Sinne eine „Aufweichung" der objektiven Wirklichkeit, die nur mit einiger Behutsamkeit vorgenommen werden darf; insbesondere unterliegt es zwei Einschränkungen. Erstens kann es keine beliebige Konstruktion der Wirklichkeit geben; die Deutung bleibt gebunden an jene Bandbreiten, welche die gegebenen Strukturen der Deutung freilassen. Es kann also Deutungen geben, die schlicht inkompatibel sind mit den Informationen, die man über die Wirklichkeit besitzt. Zweitens handelt es sich nicht um individuell-beliebige Deutungsmuster, sondern um kommunikativ hergestellte Interpretationen: Durch Kommunikationsprozesse – und in diese gehen fraglos auch Machtverhältnisse ein – wird die Intersubjektivität der Wirklichkeitsdeutung hergestellt, sodaß die Akteure davon ausgehen können, daß die anderen ihre Beurteilungen (Muster und Werte) teilen. Dieser kommunikative Prozeß verfestigt und stabilisiert zugleich die Deutungen.

3 Vgl. zu den Krisendiskussionen Manfred Prisching, Krisen. Eine soziologische Analyse, Graz – Wien – Köln 1986; Walter L. Bühl, Krisentheorien. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang, 2. Aufl., Darmstadt 1988.

4 Dieses Argument muß auf die wirtschaftliche und soziale Situation beschränkt bleiben; denn die Reichweite der globalen ökologischen Krise ist in einer historisch

einmaligen Dimension anzusiedeln: Erstmals hat die Menschheit gute Chancen, sich selbst in der überkommenen Form erfolgreich vom Erdball zu eliminieren.

5 Thomas Nowotny, Bleibende Werte, verblichene Dogmen. Die Zukunft der Sozialdemokratie, Wien – Köln – Graz 1985, S. 328: „Er (der Glaube an das Wirtschaftswachstum, M. P.) war der ‚Basiskonsens', der gemeinsame Nenner, auf den man sich einigen konnte. Politische Parteien wetteiferten in ihrer Tätigkeit und ihren Programmen, wer diesen Prozeß des Wachstums wohl besser und nachdrücklicher vorantreiben könnte. Nicht daß man über die Mehrung des Wohlstandes andere, vor allem soziale Fragen, vergessen wollte. Das wäre ja schwer möglich gewesen, denn ein laufender sozialer Ausgleich war ja Voraussetzung für die Stabilität und das Funktionieren der Gesellschaft. Über viele soziale Ziele war man sich ebenfalls einig, wie ja daraus hervorgeht, daß der Wohlfahrtsstaat schrittweise in fast allen europäischen Ländern ausgebaut wurde, trotz der Unterschiede in der politischen Struktur dieser europäischen Staaten. Über den Vorrang des Wirtschaftswachstums aber bestand kein Zweifel, denn verteilt werden konnte ja nur das, was vorher produziert worden war."

6 Diese Deutung verwenden Kurt Imhof und Gaetano Romano, Krise und sozialer Wandel, in: Internationale Jahrbücher für Rechtsphilosophie und Gesetzgebung 1 (1989), im Druck; Imhof/Romano, Sozialer Wandel und Rechtsproduktion, in: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie (1988), S. 247–296. In der letzteren Publikation wird auf jene Prozesse verwiesen, die, weil sie sich außerhalb des Realitätshorizontes der Gesellschaftsmitglieder abspielen, von diesen nicht wahrgenommen werden und daher im Aggregat ihre schädlichen Wirkungen entfalten: „In dem Maße, als sich solche unbeabsichtigten Folgen gesellschaftlichen Handelns außerhalb des Deutungshorizontes der involvierten Aktoren entfalten, verändern sie die Welt auf eine Weise, die sie den Deutungs- und korrelativ Bearbeitungsabsichten der Aktoren zunehmend unzugänglich macht: eine schließlich schwer zu verstehende Welt entwertet *krisenhaft* die Deutungsmuster der gesellschaftlichen Aktoren und entzieht sich damit ihrem Zugriff. Durch die nicht-intendierten Folgen von Wachstumsprozessen erodiert der Lebenswelthorizont der Sozietätsmitglieder, der die Welt in einer selbstverständlichen Faktizität gefangenhielt." (S. 154).

7 Helmut Schelsky, Auf der Suche nach der Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf – Köln, Eugen Diederichs Verlag, 1965, S. 459.

8 So stark sogar, daß bestehende Probleme weitgehend ignoriert wurden, so etwa die ökologische Frage, die zweifelsohne bereits damals den einzelnen genug an Kosten auferlegte. Aber Probleme müssen erst einmal als solche anerkannt werden, damit sie zu politischen Streitfragen werden. Umwelt war kein Thema; diese Fragen gehörten in den Bereich der *non-decisions*.

9 Letztlich handelt es sich um einen Wertekatalog, wie ihn E. Noelle-Neumann als „bürgerliches Wertsystem" aufzählt: Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich 1978.

10 Vgl. vor allem Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

11 Vgl. Fritz Plasser/Peter A. Ulram, Unbehagen im Parteienstaat. Jugend und Politik in Österreich, Wien 1982.

12 Vgl. auch die präzisen theoretischen Unterscheidungen bei Leopold Neuhold, Wertwandel und Christentum, Linz 1988.

13 Diese Dynamik wird gefördert durch die *Veralltäglichung sozialer Errungenschaften.* Einst waren die 40-Stunden-Woche, das Auto, der Mindesturlaub von vier Wochen und der Fernseher erstrebenswerte Ziele, lang ersehnt und hart erkämpft. Sind solche Bedingungen jedoch erreicht, beginnt in kürzester Zeit der Gewöhnungseffekt wirksam zu werden: Diese Errungenschaften befriedigen weniger; alte Kämpfe werden vergessen; alles wird selbstverständlich. Wohlstand wird nicht durch den status quo erlebt, sondern nur durch Zuwächse. Veränderungen erregen Aufmerksamkeit, nicht Gleichbleibendes. Auf dem jeweils höheren Niveau beginnt das Verlangen nach weiteren Besserstellungen.

14 Vgl. in der Folge Manfred Prisching, Zwischen Romantizismus und Pragmatismus. Bemerkungen zum Wandel der Werte (in Druck).

15 Vgl. Manfred Prisching, Die Stagnation von Regionen und Branchen. Eine Theorie sozioökonomischer Anpassungsprozesse, in: Wirtschaft und Gesellschaft 11 (1985),

S. 175–194; vgl. die ähnlichen Erörterungen bei Mancur Olson, The Rise and Decline of Nations, New York 1982.

16 So wurde etwa durch das Argument der „positionellen Güter" die Vorstellung obsolet, daß der Elitekonsum von heute der Massenkonsum von morgen sei; vgl. Fred Hirsch: Social Limits to growth. Cambridge, Mass. 1978. Zu sozialen Wachstumsgrenzen vgl. auch Josef Falkinger, Sättigung. Moralische und psychologische Grenzen des Wachstums, Tübingen 1986.

17 Vgl. Ralf Dahrendorf, Die Chancen der Krise, Stuttgart 1983.

18 Vgl. Habermas, Unübersichtlichkeit, S. 143.

19 Vgl. William Johnston, The Austrian Mind, Berkeley 1972.

20 Vgl. Imhof/Romano, Krise und sozialer Wandel; Dies.: Sozialer Wandel und Rechtsproduktion. In der letzteren Studie heißt es: „Die *autonomen Öffentlichkeiten* – marginalisierte politische Gruppierungen, klassenorientierte Parteien, Avantgarde- und Intellektuellenzirkel, subkulturelle soziale Räume – ... stabilisieren ... vom Sinnzirkel *abweichende* Deutungsmuster. In gesellschaftlichen Normalphasen entziehen sie sich dem herrschenden Konformitätsdruck, generieren und erhalten abweichende Weltbilder, die entsprechend eine divergierende Deutung der Dinge nach sich ziehen. So marginalisiert ihre Existenz in diesen Phasen auch sein mag, so erfüllen sie doch darin eine wichtige Funktion: Sie erhalten Deutungsmuster aufrecht, die schließlich in Krisenphasen in den Sinnzirkel hineindiffundieren können." (S. 253)

21 Habermas, Unübersichtlichkeit, S. 147.

22 Sie können dies tun, weil bestimmte Deutungsschemata auch durch Krisen- und Stabilitätsphasen hindurch verfügbar bleiben. „Wertwandel" oder „Wende des Zeitgeistes" bedeutet nicht, daß ein Weltbild oder eine Werthierarchie verschwindet und von einem neuen kulturellen Gebilde abgelöst wird; viel eher geht es um unterschiedliche Akzentsetzungen im Bewußtsein der Öffentlichkeit. Aber selbst in revolutionären Zuständen „überleben" liberale und konservative Ideen in bestimmten Gruppen, und selbst in der konservativsten Erstarrung bleiben sozialreformerische Gedankenstränge lebendig. Ein bestimmter Vorrat an unterschiedlichen Interpretationen wird also aufrechterhalten, und zu verschiedenen Zeitpunkten erlangen die einen oder die anderen größere Aufmerksamkeit und allgemeine Resonanz.

23 Vgl. Wolfgang Mantl, Reformtendenzen im österreichischen Parteiensystem, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hrsg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien – Köln – Graz 1988, S. 351–365.

24 Dabei geht es nicht nur um die Durchsetzungsfähigkeit der einen oder der anderen Interessen, denn ein derartiger *politischer* Konflikt bedarf nicht unbedingt einer veränderten Situationsdeutung. Es geht vielmehr um den *theoretischen* Konflikt, welches Verständnis von der in Betracht stehenden Situation angebracht ist (und welche wissenschaftlichen Modelle dabei zur Anwendung gelangen können). Da aber auch immer mehrere verschiedene Situationsdeutungen (und wissenschaftliche Modelle) verfügbar sind, entwickelt sich ein *meta-politischer Konflikt:* die Auseinandersetzung um Wirklichkeitsinterpretationen, deren Vertreter dann jeweils mit Ansprüchen auftreten können, in denen sich kognitive Mehrheit und Gemeinwohlrealisierung verknüpfen. Denn das „objektiv richtige Modell", das die adäquate Gewichtung von Interessen als Vorbedingung seiner Funktionsfähigkeit mitentscheidet, erhebt nicht nur den Anspruch auf alternativelose Systemstabilisierung, sondern macht bestimmte Lösungen plausibel und politisch durchsetzbar.

25 Vgl. Ralf Dahrendorf, Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie, Frankfurt 1979.

26 Es ist eine klassische Argumentationsfigur, daß in Krisenzeiten konservatives Gedankengut wiederbelebt wird, zum Teil mit gutem Grund. Dazu gab es in diesem Jahrhundert schon genug Gelegenheit, vgl. etwa Oswald Spengler, Der Untergang des Abendlandes, 1918; Rudolf Pannwitz, Die Krisis der europäischen Kultur, 1921; Alfred Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa, 1925; usw.

27 Vgl. Rolf Peter Sieferle, Fortschrittsfeinde? Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984; Thomas Kluge, Gesellschaft, Natur, Technik. Zur lebensphilosophischen und ökologischen Kritik von Technik und Gesellschaft, Opladen 1985.

28 Vgl. etwa Joseph Huber, Wer soll das alles ändern? Die Alternativen der Alternativbe-

wegung, Berlin 1980; W. Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Ghetto? Kontroversen um die Alternativbewegung, Frankfurt a. M. 1978.

29 Der Begriff stammt von Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde, Frankfurt a. M. 1981, ohne daß damit gesagt werden soll, daß Habermas die Ziele der Alternativbewegung teilt.

30 Das gilt freilich nicht für alle Länder: Es gehört zu den nicht befriedigend geklärten sozialen Rätseln, warum in den deutschsprachigen Ländern etwa eine viel höhere Sensibilität für diese Probleme besteht als etwa in Frankreich oder Belgien.

31 Vgl. zum politischen Kontext der neuen sozialen Bewegungen etwa Wilhelm P. Bürklin, Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen 1984; Karl-Werner Brand, Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale. Eine Zwischenbilanz, Opladen 1982; Karl-Werner Brand (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt – New York 1985; Karl-Werner Brand/Detlef Büsser/Dieter Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt – New York 1983; Wolf Schäfer (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen: Konservativer Aufbruch in buntem Gewand? Frankfurt a. M. 1983 u. a.

32 Vgl. etwa die Übersicht in der Broschüre des Kronberger Kreises, Das soziale Netz reißt. Vorschläge zur Rettung des Systems der sozialen Sicherheit (Schriften des Frankfurter Instituts für wirtschaftspolitische Forschung Bd. 16), 1988.

33 *Privatisierung* ist binnen weniger Jahre zu einem konsensuellen politischen Thema geworden, aus verschiedenen Gründen. Es handelt sich erstens um ein plausibel zu machendes Konzept in einer Situation der Verunsicherung: Es gibt wieder eine Parole, ein Programm, das den Bürgern Weitblick und Kompetenz der Regierung suggeriert. Privatisierung ist also ein Programm zur Kompensation wirtschaftspolitischer Ratlosigkeit. Zweitens ist die Privatisierung eine Strategie des überlasteten Staates, sich unrealisierbar gewordenen Intervenientenwünschen zu entziehen: Die fehlende Kraft, autonom Politik auch gegen einzelne Interessengruppen zu machen, wird durch Selbstamputation kompensiert. Es wird politisch rentabler, den einmaligen Kraftakt der Entäußerung zu setzen, als alljährlich zusätzliche Gelder für die „unsinkbaren Schiffe" locker machen zu müssen. Drittens ist Privatisierung eine komfortable Methode, sich in einer Situation knapper Ressourcen zu sanieren, indem man sich beim Kapitalbestand bedient. Vgl. hiezu Manfred Prisching, Privatisierung als symbolische Politik, in: Wirtschaftspolitische Blätter 35 (1988), S. 408–416.

34 Kurt Eichenberger, Der geforderte Staat. Zur Problematik der Staatsaufgaben, in: Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, 1. Bd., Stuttgart 1977, S. 103–117.

35 Vgl. etwa James M. Buchanan, The Limits of Liberty. Between Anarchy and Leviathan, Chicago 1975; Geoffrey Brennan/James M. Buchanan, The Reason of Rules. Constitutional Political Economy, Cambridge et al. 1985.

36 Vgl. Friedrich von Hayek, Law, Legislation and Liberty. A New Statement of the Liberal Principles of Justice and Political Economy, 3 Bde, 1973–79, Gesamtausgabe 1982.

37 Vgl. zum funktional-positiven Wert der Sozialpolitik Georg Vobruba, Ökonomischer Nutzen sozialstaatlicher Sicherung. Zur Logik der Diskurse über den „wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik", Discussion Papers FS I 88–11, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 1988.

38 Vgl. auch Kurt W. Rothschild, Observations on the Economics, Politics, and Ethics of the Welfare State, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 138 (1982), S. 565–582; Egon Matzner, Der Wohlfahrtsstaat von morgen. Entwurf eines zeitgemäßen Musters staatlicher Interventionen, Wien 1982.

39 Vgl. Norbert Leser, Transformation und Konvergenz im österreichischen Parteiensystem, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hrsg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien – Köln – Graz 1988, S. 367–384.

40 Vgl. hiezu Helmut Willke, Entzauberung des Staates. Überlegungen zu einer sozietalen Steuerungstheorie, Königstein/Ts. 1983.

41 Vgl. etwa die aktuelle Medienkritik von Neil Postman, Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie, Frankfurt a. M. 1985.

42 Vgl. Habermas, Unübersichtlichkeit, S. 159.

43 Vgl. Helmut Schelsky, Politik und Publizität, Stuttgart – Degerloch 1983.
44 Vgl. etwa Fritz Plasser/Peter A. Ulram/Manfried Welan (Hrsg.), Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft, Wien – Köln – Graz 1985.
45 Vgl. Roger G. Schwartzenberg, Politik als Showgeschäft. Moderne Strategien im Kampf um die Macht, Düsseldorf – Wien 1980.
46 In einer medienzentrierten Politikszene können neue Einflußwege entwickelt werden, und aus diesem Grunde – und nicht wegen einer so plötzlich gestiegenen Partizipationsbereitschaft der Individuen – hat sich auch im Laufe der letzten Jahrzehnte – parallel zum Aufstieg der Medien – ein ganz neues, publizitätsträchtiges Protestrepertoire entwickelt. Entscheidend ist zu wissen, wie man in die Medien kommt; das dies politische Wirkung zeitigt, darf ruhig unterstellt werden. Das Politikgeschehen hat dadurch aber auch eigene Gesetzmäßigkeiten erhalten: Welchen Journalisten interessiert beispielsweise ein dreißigseitiges Müllkonzept? Das Abladen eines Müll-Lastwagens vor dem Rathaus dagegen ist eine fotografier- und berichtenswerte Aktion, die weit mehr Aufsehen erregt. Wenn man das Protest-Know-how – das Spiel mit den richtigen Aktionen und Gags – beherrscht, läßt sich Einfluß auf den politischen Prozeß in weit rentablerer Weise erzielen als durch politische Kleinarbeit in den etablierten Parteien. Die Gesetzmäßigkeiten der Presse sind in Wahrheit die Gesetzmäßigkeiten der neuen Protestbewegungen.
47 Diese Bemerkungen sollen keine Politikbeschimpfung darstellen, sind es doch die Eigengesetzlichkeiten der Massenmedien, die sich durchsetzen. Ja, es ist sogar ein Lob der Politik damit vereinbar, die in mancher Hinsicht weit anspruchsvoller und kompetenter ist, als dies einer Darstellung, die auf den alltäglichen Kleinkram und personalisierte Konflikte orientiert ist, anzusehen ist. Die konsensverschleiernde Dramatisierung wird aber auch von den politischen Akteuren zuweilen als notwendig angesehen: „Die österreichische Konkordanz wird von einem fast permanenten politischen Theaterdonner begleitet. Dabei wird aber stets darauf geachtet, jene Positionen auszugrenzen und nicht zu Wort kommen zu lassen, die den politischen Konsens transzendieren." Peter Gerlich, Politik in Österreich. Anmerkungen zur politischen Kultur, in: Der Bürger im Staat, 38 (1988), S. 109–113, hier S. 110.
48 Vgl. Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, 5. Aufl., Berlin 1952 (erstmals 1919); ders., Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München, 4. Aufl., 1975 (erstmals engl. 1942).
49 Vgl. Friedrich von Hayek, Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969, S. 249–265.
50 Das Modell wird näher beschrieben in meinem Aufsatz: Politische Entrepreneure. Über das Wesen des parteipolitischen Konkurrenzmechanismus, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hrsg.), Das österreichische Parteiensystem, Wien – Köln – Graz 1988, S. 527–555.
51 Vgl. Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt – New York 1976; Charles D. Elder/Roger W. Cobb, The Political Uses of Symbols, New York 1983.
52 Der Rechtsradikalismus findet kaum Widerhall, das kommunistische Modell ist durch die Kontakte mit den Ländern des realen Sozialismus hinlänglich diskreditiert, eine heterogene Alternativbewegung ist nicht in der Lage, zu einem Profil zu finden. Das radikale Bewußtsein hat unter diesen Verhältnissen glücklicherweise weit weniger Chancen als in den 30er Jahren.
53 Vgl. Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968.
54 Vgl. schon Christian Brünner (Hrsg.), Korruption und Kontrolle, Wien – Köln – Graz 1981.
55 Vgl. Willke, Entzauberung des Staates.
56 Auch eine große Koalition bringt nicht automatisch „Führungsstärke" hervor. Sie mindert zwar den politischen Konkurrenzdruck, aber die Durchsetzbarkeit von Projekten ist nicht nur von Mehrheitsverhältnissen abhängig, sondern sowohl von einem mit Festigkeit vertretenen Standpunkt als auch davon, daß die Ehrlichkeit der letzten Motive zum Handeln sichtbar wird.